

Haushaltsrede SPD am 13.12.2018

Sehr geehrte Anwesende,

auch in diesem Jahr werde ich mich in meiner Haushaltsrede auf einige Themen konzentrieren, die unsere Kommune auch in nächster Zeit beschäftigen werden.

Die Betreuung von Kindern ist seit Jahren ein Thema der Zwingenberger Kommunalpolitik, das immer größere Bedeutung gewinnt. Hier stehen einige Veränderungen an: Die Schülerbetreuung findet ab Herbst in der neuen Form „Pakt für den Nachmittag“ statt. Damit verbunden ist nicht nur ein neues Konzept, sondern auch ein Trägerwechsel. Die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder – unter und über 3 Jahren - haben ihre Kapazitätsgrenze nahezu erreicht. Hier besteht in absehbarer Zeit die Notwendigkeit einer räumlichen und personellen Erweiterung, letzteres angesichts kaum verfügbarer Fachkräfte eine schwierige Aufgabe! Trotzdem wird es nicht leicht sein, mit dem steigenden Bedarf Schritt zu halten, auch mit Blick auf viele junge Familien in unseren Neubaugebieten. Für diesen deutlichen Zuwachs an Einwohnern muss auch eine entsprechende Infrastruktur wie die Kinderbetreuung bereitgestellt werden. Schon jetzt ist insbesondere die Kleinkindbetreuung für unsere Kommune mit steigenden Kosten verbunden und hier gibt es keine Entlastung durch Landesmittel. Die Sicherstellung der Kinderbetreuung wird unsere Kommune daher auch mittelfristig vor finanzielle und organisatorische Herausforderungen stellen.

Die meisten Grundstücke in den Baugebieten Tuchbleiche und Steinfurter Falltor III sind inzwischen bebaut. Eine letzte größere Fläche in Zwingenberg ist der Bereich des ehemaligen Güterbahnhofsgeländes inklusive des ehemaligen Bauhofs. Insbesondere das Bauhofgelände, das sich im Unterschied zur restlichen Fläche in städtischem Besitz befindet, sollte daher genutzt werden, um auch für weniger finanzstarke Bürger bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zwar in kommunaler Trägerschaft. Denn nur so liegt die konkrete Umsetzung des Projektes in Händen der Stadt, auch die Höhe der Mieten. Zudem soll die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch die Kommunen in den kommenden 3 Jahren mit Bundesmitteln in Höhe von 5 Milliarden Euro gefördert werden. Auch das sollte einen Anreiz darstellen, hier als Kommune aktiv zu werden und diese Aufgabe nicht an private Bauträger zu delegieren.

Bei der B3-Sanierung soll nach der Fertigstellung des Bereichs bis zum neuen Kreisverkehr jetzt der - zumindest vorläufig - letzte Abschnitt in Angriff genommen werden. Eine besondere logistische Herausforderung, nicht nur im Hinblick darauf, dass sehr unterschiedliche Interessen berücksichtigt werden müssen, sondern auch wegen der im Vergleich zu früheren Bauabschnitten eingeschränkten Umleitungsmöglichkeiten. Die von den Anliegern zu erbringenden hohen einmaligen Straßenbeiträge sorgen auch hier für viel Kritik, die auch von der SPD geteilt wird. Alle unsere Vorschläge, hier eine gerechtere Lösung zu finden, wurden von der Mehrheit leider abgelehnt. Inzwischen hat sich jedoch die gesetzliche Grundlage geändert: Jede Kommune entscheidet selbst, ob Beiträge erhoben werden und in welcher Form. Einige hessische Kommunen haben daraufhin die Straßenbeiträge abgeschafft, erst kürzlich die Stadt Gießen. Andere haben zumindest auf wiederkehrende Beiträge umgestellt wie aktuell Griesheim. Übrigens wurde dabei das gesamte Stadtgebiet von Griesheim mit immerhin knapp 30.000 Einwohnern als ein einheitliches Abrechnungsgebiet festgelegt. Immer mehr Bürger protestieren gegen die hohen Beiträge, per Online-Petition werden Unterschriften gesammelt. Das Thema sollte auch in Zwingenberg weiterverfolgt werden, die SPD wird es jedenfalls nicht aus den Augen verlieren.

Ein anderes Thema, das die SPD schon seit längerem verfolgt, ist die Verbesserung der Sicherheit auf dem Rad- und Fußweg zwischen Zwingenberg und Rodau. Hier ist nun endlich ein erster Schritt

gemacht, indem zumindest einige besondere Gefahrenpunkte beleuchtet werden sollen und dafür auf Antrag der SPD erstmalig ein Betrag in den Haushalt eingestellt wurde.

Die Beantragung von Mitteln aus der Hessenkasse wurde im September beschlossen, bei 11 Gegenstimmen gleichzeitig auch die Verwendung der Mittel je zur Hälfte zur Tilgung mehrerer Darlehen und für investive Zwecke –gedacht ist an die anstehende B3-Sanierung. Nach einem Hinweis der GUD im HFA wurden neben dieser Option zwei weitere Varianten von Frau Wolf berechnet und einander gegenübergestellt. Ergebnis: Günstiger für den städtischen Haushalt ist es, die Mittel aus der Hessenkasse vollständig für investive Zwecke einzusetzen, was jetzt auch seitens der Verwaltung empfohlen wird. Der Beschluss vom September muss also revidiert werden. Es wäre daher durchaus sinnvoll gewesen, wenn die Stadtverordnetenversammlung damals dem Änderungsantrag der SPD gefolgt wäre, die Mittel zunächst nur zu beantragen, über ihre konkrete Verwendung aber erst zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden. Denn für die Anmeldung von Maßnahmen bleibt bis Ende 2021 Zeit, worauf wir bei der Abstimmung im September auch hingewiesen hatten.

Auch in diesem Jahr muss ich wenigstens kurz auf unsere Wasserversorgung zu sprechen kommen: Die Beantwortung unserer Anfrage im September hat ergeben, dass sich der Zustand unseres Brunnens nicht signifikant verbessert hat. Noch immer kaufen wir deutlich mehr Wasser zu als die eigentlich geplanten 50%. Das führt natürlich zu entsprechend höheren Kosten und der Handlungsbedarf wächst. Wir hoffen daher, dass unsere Anregung, auch externe Fachleute hinzu zu ziehen, bald in die Tat umgesetzt wird!

Positiv ist anzumerken, dass auch in diesem Jahr unser Haushalt ausgeglichen ist, im Ergebnishaushalt konnte sogar erneut ein Plus erreicht werden. Trotzdem müssen wir angesichts kostenintensiver Projekte, die vor uns liegen, alle Ausgaben kritisch abwägen. So steht beispielsweise die Entscheidung über die Flurbereinigung in absehbarer Zeit an, ein Vorhaben, das im Übrigen sehr gut zu unserem neuen Status als Cittaslow-Stadt passt. Insbesondere die Schaffung der Infrastruktur für die Weinbergbewässerung macht die Flurbereinigung allerdings sehr kostenintensiv. Vor diesem Hintergrund lehnt die SPD es entschieden ab, eine sechsstellige Summe für den Umbau des alten Verladeschuppens zu einem Fahrradparkhaus auszugeben. Für uns ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht akzeptabel. Wir beantragen daher, wie schon in den Ausschüssen, den Ansatz ersatzlos zu streichen. Sollte sich ein schlüssiges Konzept für eine sinnvolle Verwendung des Verladeschuppens zu vertretbaren Kosten ergeben, kann dafür zu einem späteren Zeitpunkt erneut ein Betrag eingeplant werden.

Abschließend bedanke ich mich bei allen, die bei der Erstellung und Beratung des vorliegenden HH-Planes für 2019 mitgewirkt haben, insbesondere der Finanzabteilung der Zwingenberger Verwaltung unter Leitung von Frau Wolf, den Mitgliedern des Magistrates sowie dem Bürgermeister, der vorab wieder für die Beantwortung unserer Fragen zur Verfügung stand. Ebenso danke ich meiner Fraktion und den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für die konstruktive Diskussion. Nicht vergessen möchte ich auch Frau Selinger und ihre Kolleginnen und Kollegen, die die sicher nicht immer leichte Aufgabe zu bewältigen haben, unsere Sitzungen zu protokollieren. Auch ihnen herzlichen Dank!

Dr. Regina Nethe-Jaenchen

Fraktionsvorsitzende